GRÜNE sammeln Unterschriften gegen Freihandelsabkommen TTIP und CETA

Bergkamen. Der Ortsverband Bergkamen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt die selbst organisierte europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA, an der sich mehr als 240 Organisationen aus ganz Europa beteiligen. Dafür werden am Samstag (11. Oktober) auf dem Wochenmarkt Unterschriften gesammelt.

Im Rahmen dieser Unterschriftensammlung am 11. Okt. 2014 fordern sie die Institutionen der Europäischen Union und ihre Mitgliedstaaten dazu auf, die Verhandlungen mit den USA über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu stoppen sowie das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit Kanada nicht zu ratifizieren.



Neuer Fraktionschef Jochen Wehmann

Dazu erklärt Jochen Wehmann (Foto), Vorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bergkamen:

"Wir wollen TTIP und CETA verhindern, da sie diverse kritische Punkte enthalten. Allen voran würden Konzerne Klage-Privilegien gegenüber Staaten erhalten. Die Folge wären Investor-Staat-Schiedsverfahren, in denen Hinterzimmergerichte darüber urteilen, ob demokratisch verfasste Gesetze den Gewinninteressen der Unternehmen entgegenstehen. Das würde die Demokratie und den Rechtsstaat aushöhlen.

Wir wollen verhindern, dass in intransparenten Verhandlungen Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, und Verbraucherschutzstandards gesenkt sowie Kulturgüter und öffentliche Dienstleistungen wie zum Beispiel die Wasserversorgung dereguliert werden."

Die Unterschriften-Aktion findet am 11.10.14 ab 10 Uhr auf dem Wochenmarkt, Präsidentenstraße statt.

Weitere Informationen zur Europäischen Bürgerinitiative gibt es unter http://stop-ttip.org/

Heinz Mathwig ist tot

Heinz Mathwig ist tot. Der frühe Tod des erst 58 Jahre alten SPD-Politikers hat tiefe Betroffenheit – nicht nur an seinem Wohnort Oberaden – ausgelöst.



Heinz

Mathwig. Foto: Stadt Bergkamen

Heinz Mathwig, das war Bergbau. Das war der Bergbau-Stollen im Stadtmuseum. Das war die IGBCE, für die er als Versicherungsältester im Einsatz war. Das war die AfA. Überall war der SPD-Ratsherr aktiv, überall war er an vorderster Front. Und das ist wörtlich zu nehmen. Erst vor wenigen Tagen noch beteiligte sich Heinz Mathwig an der Kundgebung der streikenden Arbeiter des Solebades in Werne.

Sein letzter Eintrag auf seiner Facebook-Seite datiert vom 26. Juli 2014 – seinem Todestag. Er wies – wie könnte es anders sein – auf Bergbaupräsente hin, dies es in Oberaden zu kaufen gab.

"Die Bergleute in Oberaden sind sehr bestürzt", sagt Barbara Strobel, Leiterin des Museums. In Keller ihres Museums hat Mathwig mit mehreren Kumpeln und vor allem mit viel Engagement eine eigene kleine Bergbauabteilung aufgebaut.

"Er war immer sehr engagiert. Beim Aufbau der Bergbau-Abteilung war er der Kopf des Teams. Doch auch darüber hinaus hat er sich in vielen Bereichen eingebracht. Bei Tarifverhandlungen, im Rat und in den Ausschüssen. Und er hat sich immer für sozial benachteiligte Menschen eingesetzt", sagt Bürgermeister Roland Schäfer.

Seit 1999 saß Heinz Mathwig zudem als Vertreter der SPD im Rat und in zahlreichen Ausschüssen. Zudem war er Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse Bergkamen-Bönen, in der Kreisseniorenkonferenz und im Vorstand "Arbeit und Leben Bergkamen", der zusammen mit der VHS zahlreiche Weiterbildungsangebote und Veranstaltungen organisierte.

Eine Gedenkfeier zum Abschied des engagierten Politikers und

Gewerkschafters findet am 1. August um 15 Uhr in der Martin-Luther-Kirche in Oberaden statt.

Bergschäden – der Kampf geht weiter

Bergbauschäden waren in Bergkamen, einst größter Bergbaustandort Europas, jahrelang an der Tagesordnung. Risse in Wänden, schiefe Türen, gebrochene Leitungen. Viele Betroffene kämpfen immer noch um ihr Geld. Jetzt gibt es Neuigkeiten aus dem Landgericht Bochum – und die sind nicht gerade erfreulich. Der Aktionskreis Wohnen und Leben Bergkamen war als Prozeßbeobachtung beim Landgericht Bochum in der Sache "Güte- und Verhandlungstermin Klage gegen die RAG Deutsche Steinkohle auf Schadensersatz wg. Bergbau bedingter Erschütterungen". Vorsitzender Karlheinz Röcher berichtet:

"In NRW haben einzelne Bürger Klagen gegen die RAG auf Schadensersatz wg. jahrelanger Bergbau bedingter Erschütterungen eingereicht. Sie werden dabei von den Vertretungen der Bergbaubetroffenen unterstützt.

Beim Landgericht Bochum ging es am Donnerstag (24.07.) um die Klage eines Dorstener Bürgers mit der Forderung auf Ausgleichszahlung i.H.v. 8.524,80 EUR für unzumutbare Beeinträchtigungen von April 2005 — November 2008, also um einen Zeitraum von 3,5 Jahren. Vertreten wird er durch den Rechtsanwalt Klaus Friedrichs aus Voerde, der auch einer der Sprecher des Landesverbandes der Bergbaubetroffenen in NRW (LVBB) ist.

Der Aktionskreis Wohnen und Leben Bergkamen e.V. war durch den Vereinsvorsitzenden als Prozeßbeobachter vertreten, weil ein Vereinsmitglied in gleicher Sache beim Amtsgericht Kamen Klage gegen die RAG eingereicht hat und das Verfahren seit dem 05. Mai mit einem Güte- und Verhandlungstermin eröffnet und zwischenzeitlich ein Gerichtsgutachten in Auftrag gegeben worden ist.

Der vorsitzende Richter der Landgerichts-Kammer in Bochum, Ritter, gestaltete den Beginn des Termins für die mehr als 30 Mitglieder mitangereisten der Dorstener (BISBU) Bürgerinitiative mit einer S 0 erwarteten Maßnahme: Nur 2/3 konnten im Sitzungssaal bleiben, weil keine ausreichende Bestuhlung vorhanden war, Stehen und die Benutzung von die gesamte Sitzungsdauer nicht benötigten Sonderplätzen für Zeugen und Sachverständige nicht erlaubt wurde. Kein gutes Signal für die Betroffenen, was sich auch in der weiteren Verhandlungsführung des Gerichtes zeigen sollte. Für den vorsitzenden Richter konnte die Klägerseite bislang nicht substantiert vortragen, dass bei den in der Klageschrift aufgeführten Erschütterungsereignissen die Betroffenheit des Klägers und die beklagte Unzumutbarkeit des Ereignisses (insbesondere in den Nachtstunden) Andererseits argumentierte der Richter, dass es auf die individuelle Betroffenheit letztlich nicht ankomme, sondern der 'gemeine Durchschnittsmensch' mit seinem Empfinden der Maßstab sei. Es seien keine Messungen am Objekt der Kläger vorgenommen worden und die Messungen an der ca. 200m entfernten Grundschule seien nicht übertragbar. Eine kaum zu lösende Problemstellung vor Gericht, zumal aus Sicht der Klägervertretung die RAG in Verbindung mit der staatlichen Bergbehörde, Abt. 6 der Bezirksregierung in Arnsberg, zum Zeitpunkt der Erschütterungsereignisse jedes Ansinnen der Dorstener Bürger(initaitive) auf Einrichtung von Messstationen zur Ermittlung der Wirkung auf den Menschen abgelehnt hatten. Seitens der Politik fand in dieser Frage überhaupt keine

Unterstützung für die Bergbaubetroffenen statt.

Vor Gericht ist die Klägerseite - so der vorsitzende Richter in der Pflicht, den Beweis für die Unzumutbarkeit anzutreten, um einen Schadensersatzanspruch durchzusetzen zu Dieses sei kostenintensiv und könnte den Kläger wirtschaftlich überfordern - er schlage deshalb einen Vergleich vor. Der anwaltliche Vertreter der RAG sah dafür keinen Spielraum, da die ins Spiel gebrachte Summe von 2.500 EUR eine "Welle Nachahmer' finden würde, die auch sachlich überhaupt nicht zu rechfertigen wäre.

Die Klägerseite beantragt ihrerseits die Überprüfung der zugrunde gelegten DMT-Werte durch einen unabhängigen Sachverständigen. Eine Entscheidung des Gerichtes ergeht in

den nächsten Tagen.

Als Prozeßbeobachter dämmert einem die Erkenntnis, dass die Gerichte mit der Angelegenheit überfordert sein könnten bzw. dem Anliegen der Kläger aufgrund der rechtlichen Vorgaben durch das Bundesberggesetz nicht angemessen entsprechen können. Sollte sich herausstellen, dass den Bergbau-Betroffenen systematisch die Beweismöglichkeiten vorenthalten wurden, so hat die Politik die Verantwortung dafür zu übernehmen und einen (materiellen) Interessenausgleich beim Verursacher RAG durchzusetzen. "

Kontaktdaten des Aktionskreis Wohnen und Leben Bergkamen e.V.:

Karlheinz Röcher

02389-535302

0177-8780397

www.aktionskreis-bgk.de

www.die-buergerenergiewende.de

www.energiewende-ruhr.de

www.gegen-gasbohren.de

www.rag-montan-immobilien.de/geschaeftsfelder/erneuerbare-ener
gien/

http://www.windplanung-navi.de

Hubert Hüppe informierte Senioren über neues Pflegestärkungsgesetz

Bergkamen/Bönen. Der heimische CDU-Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe besuchte am Dienstag die Seniorenzentren der AWO in Bergkamen und Bönen.



Hubert Hüppe (ganz vorne links) besuchte Seniorenzentren der AWO.

Foto: CDU Bürgerbüro

In beiden Einrichtungen führte Hüppe sowohl Gespräche mit der Heim- und Pflegeleitung, als auch mit Bewohnerinnen und Bewohnern. Hubert Hüppe ist als Mitglied im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages für den Bereich Pflege verantwortlich.

Derzeit befindet sich das Pflegestärkungsgesetz im Gesetzgebungsverfahren, das ab dem 1. Januar 2015 viele Verbesserungen mit sich bringt. So wird sich die Anzahl der Betreuungskräfte nach Inkrafttreten des Gesetzes in den beiden Einrichtungen wesentlich erhöhen. Betreuungskräfte können sich ganz und gar auf die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner konzentrieren und werden nicht in der Grundpflege eingesetzt. Intensive Gespräche und gemeinsame Aktivitäten, wie Brettspiele oder Spaziergänge werden durch die Aufstockung des Personals künftig häufiger möglich sein.

"Was wir uns am meisten wünschen, ist, dass wir jemanden haben, der auf uns eingeht und mit dem wir sprechen können", erklärt eine Bewohnerinnen. Diesem Wunsch wird mit dem neuen Gesetz nachgekommen. "Mir ist wichtig, regelmäßig in die Einrichtungen zu gehen, um Informationen aus erster Hand zu bekommen. Mich interessieren dabei in erster Linie die Sorgen der Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch die Situation der

Pflegekräfte", betont Hubert Hüppe MdB.

Insgesamt zeigten sich die Bewohnerinnen und Bewohner zufrieden mit den Einrichtungen in denen sie ihren Lebensabend verbringen. Neben ernsten Themen war der Gewinn der Fußballweltmeisterschaft das Thema des Tages. In beiden AWO Häusern hatten die Heimleitungen Public Viewing organisiert. "Wir sind immer bemüht auf die Wünsche der älteren Herrschaften einzugehen", erklärten die Heimleiter unisono.

Hubert Hüppe fand abschließend lobende Worte für beide Einrichtungen: "Ganzheitliche Pflege ist mehr als das korrekte Ausfüllen von Formularen und die obligatorische Grundpflege. In Tagen wie diesen gehört es auch dazu, dass Beamer und Leinwand aufgebaut werden und gemeinsam Fußball geguckt wird."

Bürgermeister: Keine Sprechstunden in den Sommerferien

Bergkamen. Während der Sommerferien fallen die Sprechstunden des Bürgermeisters der

Stadt Bergkamen im Rathaus aus. Die nächste Sprechstunde findet am 26. August 2014 um 15.00 Uhr statt. Um Terminabsprache unter der Tel.-Nr. 02307/965-221 wird gebeten.

FDP lädt ein zur liberalen Runde

Der FDP-Stadtverband Bergkamen lädt alle Mitglieder und alle Interessierten zur liberalen Runde am Montag, 21.07.2014, um 19.00 Uhr in die Gaststätte "Forellenhof" in Bergkamen Rünthe ein. An dem Abend sollen aktuelle politische Themen diskutiert werden.

Thomas Heinzel CDU-Fraktionschef – Wer wird 2. stellv. Bürgermeister?

Nach SPD und Grünen hat sich jetzt auch die CDU im Bergkamener Stadtrat neu aufgestellt. Als Nachfolger von Elke Middendorf wurde der Rünther Kommunalpolitiker Thomas Heinzel zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Seine Stellvertreter sind Marco Morten Pufke und Martina Plath. Susanne Eisenhuth, Stephan Wehmeier und Martin Strunk vervollständigen die Fraktionsspitze.



Neuer CDU-Fraktionschef

Die ist bereits aktiv geworden und hat Sondierungsgespräche mit der SPD geführt. Ergebnis ist, dass sich wahrscheinlich an der Zahl und der Besetzung der Ratsausschüsse nicht viel ändern wird. Letztlich entschieden wird dies in der konstituierenden Sitzung des neuen Bergkamener Stadtrats am Donnerstag, 12. Juni, ab 17 Uhr im großen Ratssaal. Dann wird nicht nur Bürgermeister Roland Schäfer in sein Amt eingeführt. Es werden auch seine Stellvertreter gewählt. Da der bisherige 2. Stellvertreter Bernd Schäfer jetzt die SPD-Fraktion führt, wird es hier einen Neuen geben. Als Kandidat wird der Vorsitzende des Rünther SPD-Ortsvereins, Christian Pollack, gehandelt.

Bergkamen bleibt "rote Hochburg": Schäfer und SPD bauen Vorsprung aus

Bergkamen bleibt die rote Hochburg in der Region. Mit einem Stimmenanteil von 69,1 Prozent konnte Bürgermeister Roland Schäfer seinem exzellenten Wahlergebnis von 2009 noch eins draufsetzen (plus 3,8 Prozentpunkte). Die SPD legte um knapp 3 Prozentpunkte zu und erreichte 59,4 Prozent sowie 26 Sitze (plus 1) im neuen Stadtrat.



Wahlleiter Dr. Hans-Joachim Peters (r.) gratuliert dem alten und neuen Bergkamener Bürgermeister Roland Schäfer.

Angesichts dieser Übermacht konnte aufseiten der CDU allein Rosemarie Degenhard zuerst vor Freude weinen und danach nur lachen: Sie erreichte im kleinsten Stadtteil Heil 58, 3 Prozent und bleibt deshalb Ortsvorsteherin. Für alle anderen Christdemokraten bleibt die Erkenntnis, dass sie zurzeit nicht in der Lage ist, die Sozialdemokraten zu überflügeln und Bürgermeister Roland Schäfer schon gar nicht. Die Enttäuschung dürfte deshalb so groß sein, weil Stadtverbandsvorsitzender Marco Morten Pufke und CDU-Bürgermeisterkandidatin Martina Plath ihr Hauptwahlziel, zumindest eine Stichwahl zu erreichen, bei Weitem verfehlt. Mit 21,1 Prozent erreichte Martina Plath gerade ein Drittel von dem, was ihr Kontrahent Roland Schäfer am Wahlsonntag eingefahren hatte. Die CDU kam auf 24,2 Prozent, 1,3 Prozentpunkte weniger als vor fünf Jahre. Sie wird wie bisher mit 11 Sitzen im neuen Stadtrat

FDP ist die große Verliererin



Für Roland Schäfer gab es von seinen Parteifreunden viel Applaus.

Große Verliererin der Kommunalwahl ist die FDP. Sie büßte etwas mehr als 2 Prozentpunkte ein. Sie verlor mit ihren mageren 2,8 Prozent nicht nur eins ihrer zwei Rastmandate ein, sondern auch den wichtigen Fraktionsstatus. Angelika Lohmann-Begander wird künftig allein die Interessen der Liberalen im Stadtparlament vertreten, dies unter erheblich schwereren Bedingungen als bisher.

Nicht viel hat sich bei Bündnis 90/Die Grünen durch den Urnengang am vergangenen Sonntag geändert. Mit 9,4 Prozent und vier Sitzern im Stadtrat fuhren die Grünen genau das gleiche Ergebnis ein wie 2009. Ihr Bürgermeisterkandidat Thomas Grziwotz verlor im Vergleich zur Wahl vor fünf Jahre 1,4 Prozentpunkten und erreichte 5,9 Prozent.

44 Prozent Wahlbeteiligung sind bedenklich

Hier war sicherlich der SPD-Kandidat zu übermächtig, die eine oder andere Stimme hatte er vielleicht auch an Werner Engelhardt von BergAUF verloren. Er kam bei seiner ersten Kandidatur auf 4 Prozent. BergAUF sammelte 4,2 Prozent der Stimmen ein. Das ist ein Plus von 0,6 Prozentpunkten. Damit bleibt es bei ihren zwei Ratsmandaten. Immerhin hat das Wahlbündnis die FDP als 4. Kraft im Bergkamener Stadtrat jetzt abgelöst.

Spätestens am Tag der Wahl beginnt die Zeit der Nachlese und Analysen. Alle fünf Parteien sollten dabei einen Punkt ganz oben auf die Tagesordnung setzen und sich genügend Zeit lassen, darüber nachzudenken. Mit 44 Prozent ist die Beteiligung an einer Kommunalwahl in Bergkamen auf einen historischen Tiefpunkt gerutscht. Dies etwa auf das schöne Wetter zu schieben oder auf die Europawahl, ist zu billig.

Alle weiteren Bergkamener Ergebnisse der Europawahl und auf Kreisebene sowie in den einzelnen Wahllokalen und Stimmbezirken gibt es hier.

Grüne Unterstützung für Streik im Solebad

Kreis Unna. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Solebades Werne, das sich in Trägerschaft der Stadt Werne befindet, befinden sich in einem unbefristeten Streik. Unterstützung bekommen sie dabei von den Grünen im Kreis.

Jochen Nadolski-Voigt, sozialpolitischer Sprecher der Kreistagsfraktion und Landratskandidat, und Ilka Brehmer als grüne Kandidatin für Werne haben die streikenden Kollegen besucht, um mit ihnen und dem Verdi-Sekretär Christian Berger Gespräche über die Gründe und die Situation zu führen.

Die Grünen im Kreis Unna sehen in dem Solebad u.a. eine wichtige Freizeitattraktion, die zu den weichen Standortfaktoren zu zählen ist.

Ilka Brehmer und Jochen Nadolski-Voigt: "Wir haben im Dialog mit den streikenden Kollegen feststellen können, dass es bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um viel mehr geht als um eine Lohnerhöhung. Die MitarbeiterInnen suchen aus einer Vielzahl von Gründen den Schutz eines Tarifvertrages: Unter den MitarbeiterInnen befinden sich heute schon sogenannte "Erwerbsaufstocker" mit Anspruch auf SGB II-Leistungen des Jobcenters, Wohngeldbezieher sowie eine Vielzahl von Mini-Jobbern und MitarbeiterInnen mit befristeten Arbeitsverhältnissen. "

Politische Zielsetzung der Grünen sei es, dass prekäre Arbeitsverhältnisse und schlecht entlohnte Arbeit, die zu Ansprüchen nach Transferleistungen führen, zu verhindern sind, so Nadolsky-Voigt: "Insbesondere wird hier Tarifflucht im öffentlichen Dienst betrieben: Das zuschussbedürftige Solebad, dass in den letzten Jahren die hohen Kundenverluste nicht abwenden konnte, soll durch den Lohnverzicht und üblichen Standards (Weiterbildung, bedenkliche Regelungen in Arbeitsverträgen usw.) durch die Schlechterstellung von Mitarbeitern erhalten bleiben."



Jochen Nadolsky-Voigt

Nadolsky-Voigt (Foto) weiter: "Ein Nullsummenspiel, wenn man bedenkt, dass hierdurch mehr Menschen trotz Arbeit auf Sozialleistungen des Kreises Unna angewiesen sein werden und die Kosten für die Sozialleistungen durch die Kreisumlage getragen werden muss. Dem Solebad ist aus unserer Sicht nicht gedient: Innerhalb der Belegschaft gibt es in eine höhere Fluktuation, die sich gleichzeitig auf die Qualität und Motivation der Belegschaft auswirkt. Gut qualifizierte Kräfte sind schwer zu halten, dies wirkt sich auch unmittelbar auf das als Standortfaktor aus. Jе geringer die Besucherzahlen, desto geringer sind die Gewinne im Bad und auch die mittelbaren Einnahmen für die Einzelhändler vor Ort. sinkende Kaufkraft wird heute schon durch die Einzelhändler vor Ort bemerkt.

Abwanderungstendenzen der Besucher können nur durch Einstellung des Streiks und gute neue Marketingstrategien abgewendet werden. Um konkret die Kosten des Tarifvertrags für die Beschäftigten zu beziffern, fehlen bis heute Berechnungsgrundlagen der Verwaltung. Damit ist den Mitarbeitern noch nicht einmal belegt worden, warum sie nicht – wie alle anderen Bäder im Kreis – zu tariflichen Bedingungen arbeiten dürfen."

Die KreisGrünen fragen sich: "Welche konkreten Strategien der Geschäftsführung des Solebades sind geplant, um die Beliebtheit und Frequentierung des Bads zu steigern? Sind die Gehälter der Beschäftigten die einzige Möglichkeit das Defizit des Bades zu minimieren? Ist der Bürgermeister Herr Christ sich darüber im Klaren, dass er durch eine fehlende Gesprächsbereitschaft den Gewerbetreibenden in Werne einen großen Schaden zufügt?"

Für die Grünen im Kreis ist klar: Ohne angemessene Bereitschaft des Bürgermeisters und der Geschäftsführung des Solebades Gespräche aufzunehmen, werden sich keine Änderungen ergeben.

Nadolsky-Voigt: "Ein weiteres Fortführen der fehlenden Gesprächsbereitschaft zwischen der Geschäftsführung des Solebades, dem amtierenden Bürgermeister und den Streikenden führt zwangsläufig zu keiner besseren Position des Bades. Es handelt sich hier um einen unbefristeten Streik, der sicherlich nur mit der Aufnahme von Tarifverhandlungen beseitigt werden kann."

Jobcenter bekommt mehr Geld für Langzeitarbeitslose

2 Millionen Euro mehr gibt es für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit im Kreis Unna.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles wird deutlich mehr Geld für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zur Verfügung stellen, wie der heimische SPD-Bundestagsabgeordnete Oliver Kaczmarek (Foto) mitteilt.

Ein entsprechender Vorschlag wurde im Rahmen der zur Zeit laufenden Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag eingebracht. Insgesamt sollen in den kommenden vier Jahren die Mittel für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit um insgesamt 1,4 Mrd. Euro aufgestockt werden. Für 2014 ist dies ein Mehr von 325 Mio. Euro.

Konkret bedeutet das für das Jobcenter Unna eine Erhöhung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik in diesem Jahr um fast 2 Millionen Euro (1.982.455).

"Damit wird nach jahrelangen Kürzungen in diesem Bereich endlich eine Trendwende in Gang gesetzt", so Kaczmarek. Das nütze vor allem den Langzeitarbeitslosen, von denen endlich wieder deutlich mehr eine Chance auf einen Arbeitsplatz, auf Qualifizierung und damit auf Teilhabe am gesellschaftlichen und beruflichen Leben erhalten würden.

"Das ist eine gute Nachricht für die Menschen in diesem Land und in unserer Region. Die Bundesregierung setzt unter Federführung der Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles den Koalitionsvertrag auch bei diesem Thema um: Schritt für Schritt", so Oliver Kaczmarek.

Bürgermeister macht Ferien

Während der Osterferien fallen die Sprechstunden des Bürgermeisters der

Stadt Bergkamen aus. Nach den Ferien jedoch können sich die Bürger der Stadt Bergkamen wieder regelmäßig jede Woche einen Termin bei ihrem Bürgermeister reservieren lassen: 965-222.